1. **EnBW-Chef Claassen bekommt 400.000 Euro Arbeitslosengeld pro Jahr – und das 17 Jahre**
   Es ist eine Frührente, von der andere nur träumen: Der scheidende Vorstandschef des Energieversorgers EnBW, Utz Claassen, hat nach einem Bericht des "Handelsblatts" Anspruch auf millionenschwere Übergangszahlungen. Aus dem Geschäftsbericht 2006 lasse sich ableiten, dass sich die jährlichen Zahlungen an den 44-Jährigen auf knapp 400.000 Euro belaufen könnten, berichtet die Zeitung. Bis zum Erreichen der Altersgrenze von 63 Jahren würde Claassen demnach bis 2026 noch einmal rund sieben Mill. Euro zahlen, nachdem er von 2003 bis 2007 schon mehr als zwölf Mill. Euro als normale Vorstandsvergütung erhielt. Nach 2026 bekommt Claassen dann eine EnBW-Rente, die genau so hoch ist wie sein Übergangsgeld.
   Quelle: Handelsblatt

   Anmerkung: *„Wir leben als Gesellschaft schon seit Langem über unsere Verhältnisse" schrieb Claassen in seinem Buch „Mut zur Wahrheit". Merke: Wenn „führende Ungernehmenschefs" (Gerhard Schröder) den Satz „Wir leben über unsere Verhältnisse" in den Mund nehmen, sind mit „Wir" niemals sie selbst, sondern immer die anderen gemeint.*

   Dazu passt:

   Bei Managern steigt der Arbeitsanreiz bei höheren Löhnen, bei Hartz IV-Empfängern steigt er bei niedrigem Einkommen.
   Nach der Haltung der Bundesregierung zu Arbeitsanreizen fragt die Linksfraktion in einer Kleinen Anfrage (16/6201). Die Linke will wissen, "welche sozialwissenschaftliche Theorie bzw. welche Ergebnisse der Motivationsforschung erklären, dass nach Kenntnis der Bundesregierung der Arbeitsanreiz bei Fach- und Führungskräften und mittelständischen Unternehmern mit zunehmendem Einkommen ansteigt, während der Arbeitsanreiz bei Hartz-IV-Beziehern steigt, wenn ihr Einkommen niedrig ist". Die Abgeordneten fragen ferner, wie die Bundesregierung den Arbeitsanreiz bei Personen einschätzt, die "bedeutend weniger" als acht Euro pro Stunde verdienen.
   Quelle: Deutscher Bundestag

2. **Neue Produkte sollen der Rürup-Vorsorge zum Durchbruch verhelfen. Der Nutzen bleibt zweifelhaft.**
   Die Rürup-Rente: Das 2005 eingeführte Produkt gilt als eines der kompliziertesten, das es je auf dem Markt für die private Altersvorsorge gab. Und als eines der unverkäuflichsten: Nur rund 350.000 Verträge wurden bisher unterschrieben. Der

Erfinder der Rürup-Rente hofft nun auf einen späten Erfolg. Die Politiker hätten den »Geburtsfehler« der mangelnden Absetzbarkeit (von der Steuer) durch das Jahressteuergesetz 2007 behoben, sagt Rürup, sogar rückwirkend zum Januar 2006. Zudem hat der Gesetzgeber die Rente auch fürs Fondssparen geöffnet. Nachdem bisher nur Versicherer Rürup-Verträge anbieten durften, werden Fondsgesellschaften wie DWS, Deka und Union Investment wohl bald folgen.
Quelle: Die Zeit

Anmerkung Orlando Pascheit: *Den wesentlichen Nachteil der Rürup-Rente streift der Artikel nur in einem Nebensatz: Einen vorgeschriebenen Kapitalerhalt gäbe es bei Rürup nicht. "Verluste seien möglich."*
Vorstellbar ist das bei sowohl bei der konventionellen Rentenversicherung als auch bei der fondsgebundenen Rentenversicherung. Bei den Fondstarifen muß man z.Z. nichts erläutern, aber selbst bei der klassischen Rentenversicherung, die eine Garantieverzinsung bietet, besteht keine Absicherung der Ansprüche für den Fall der Insolvenz des Versicherungsunternehmens.
Der Artikel thematisiert leider auch nicht die Verbindungen Rürups zur Versicherungswirtschaft (Referent für den Finanzdienstleister MLP, Vorstandsvorsitzender des Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und demographischer Wandel).

3. **Der Aufbau einer privaten Altersvorsorge ist in Deutschland mit dramatisch hohen Kosten verbunden**
Würde man 100.000 Euro zu den in Deutschland üblichen Gebühren anlegen, kämen nach 30 Jahren (5 Prozent Ausgabeaufschlag und 1,5 Prozent Managementfee pro Jahr) nur knapp 630.000 Euro, d.h. rund 380.000 Euro weniger als bei einer kostenlosen Vermögensverwaltung, heraus.
Vergessen Sie alles, was Ihnen hohe Erträge verspricht, Ihnen dafür aber erheblich höhere Risiken aufbürdet. Ich weiß nicht, ob Sie Ihre Alterseinkommen von einem Finanzkonstrukt abhängig machen wollen, das auf den Boom in den Schwellenländern setzt, dessen Rendite aber beim nächsten Putsch in Südamerika einbricht.
Eine Regierung, die die Finanzierung der Altersvorsorge ihrer Bürger teilweise privatisiert, muss sich schon fragen lassen, warum sie die Gewinne daraus Banken und Fondsgesellschaften und nicht ihren Bürgern überlässt.
Quelle: manager-magazin

Anmerkung: *Der Mannheimer Professor Martin Weber ist zwar offenbar ziemlich wenig mit der gesetzlichen Rente vertraut, sonst könnte er nicht von einem „Rückzug" des Staates aus der Rentenfinanzierung daherreden, denn immerhin, wird diese Rente*

überwiegend aus Beiträgen finanziert und die Staatsknete ist allenfalls ein Ausgleich für versicherungsfremde Leistungen aus dem Rentensystem. Aber bei den Kosten für die private Altersvorsorge kennt er sich zumindest einigermaßen aus.

4. **Neues aus dem Casino:**
   - **Heiner Flassbeck: Die Kreditbranche ist dem Renditewahn verfallen und die Aufsichtsbehörden sind überfordert**
     Inzwischen glaubt ja sogar die Postbank, dass sie eine Eigenkapitalrendite von mindestens 20 Prozent erwirtschaften muss. Das ist unter normalen Bedingungen nicht zu schaffen. Also geht man immer riskantere Geschäfte ein, indem man sich zum Beispiel indirekt an den faulen Krediten auf dem amerikanischen Hypothekenmarkt beteiligt.
     Quelle: taz

   - **Wer einmal lügt . . .**
     Besonderes Misstrauen schlägt laut Marktteilnehmern derzeit deutschen Banken entgegen. Nach der Bonitätskrise um die IKB Deutsche Industriebank und Gerüchten über Probleme bei anderen Banken werden die Institute in Sippenhaft genommen. Vor allem die unzureichende Kommunikation vieler deutscher Institute im Allgemeinen und die Lügen der IKB im Speziellen erhöhten das Misstrauen. Der inzwischen abgelöste Chef der IKB hatte noch kurz vor dem Bekanntwerden der existenziellen Probleme der Bank selbige völlig in Abrede gestellt.
     Quelle: NZZ

     Anmerkung: *Man müsste eigentlich noch hinzufügen, dass man vor allem auch den Wirtschaftsprüfungsgesellschaften misstrauen müsste, schließlich hat die ach so berühmte und berüchtigte KPMG wenige Monate vor der IKB-Krise in einer Sonderprüfung keinerlei Unregelmäßigkeiten zu Tage befördert.*

   - **Wolfgang Münchau: Irrglaube an die Mathematik**
     Es handelt sich nicht primär um eine US-Hypothekenkrise, wie man oft liest, sondern um eine gigantische Blase an den Kreditmärkten. Ein Element, das jeder Blase zugrunde liegt, ist die falsche Einschätzung des Risikos. Die Krise ist daher weit gefährlicher als der Teil, der schon an die Oberfläche gespült wurde.Es handelt sich nicht primär um eine US-Hypothekenkrise, wie man oft liest, sondern um eine gigantische Blase an den Kreditmärkten.
     Einige der europäischen Banken, die sich verspekulierten, hatten sich mit

Wertpapieren eingedeckt, die zum Teil erstklassige Ratings hatten, Bewertungen von “A” oder in einigen Fällen sogar “AAA”. Hier handelt es sich um Tranchen einer so genannten besicherten Schuldverschreibung oder Collateralized Debt Obligation. Das Entscheidende ist die Möglichkeit, ein “AAA” der besten Tranche dadurch erreicht werden kann, dass die Emissionen durch mehr Kredite als nötig absichern werden. Je mehr Sicherheiten, desto höher das Rating. Diesen Prozess nennt man auch Overcollateralization. Das ist ungefähr so, als würde man eine Hypothek gleich mit zwei Häusern absichern. Mit einem Haufen schlechter Kredite kann man also eine “AAA”-Tranche erzeugen. Man hat einen Weg gefunden, aus Mist Geld zu machen.
Quelle: FTD

- **Rechnergestützten Investmentfonds erleben aktuell ein Debakel**
  Sie sind nicht nur im Gleichklang mit den Börsen in die Tiefe gerauscht, sondern haben deutlich stärker verloren als der Markt. Damit ist mit den Computerfonds eine weitere Anlageklasse erst einmal diskreditiert. Das ist umso bemerkenswerter, als diese Anlagestrategie für sich in Anspruch nimmt, durch die automatische Titelselektion den Risikofaktor Mensch auszuschließen und emotionslose Renditen zu erwirtschaften.
  Quelle: Die Welt

5. **Studie: Gleichbehandlungsgesetz kostet Firmen 1,73 Milliarden Euro – oder Diskriminierung spart Geld**
   Die Firmen mussten für jeden sozialversicherungspflichtigen Mitarbeiter jeweils durchschnittlich 72,50 Euro aufbringen, wie aus der von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) heute vorgestellten Studie hervorgeht. Knapp ein Drittel der Gesamtkosten in Höhe von 532 Millionen Euro entfielen auf die Mitarbeiterschulungen, weitere 602 Millionen würden für die Einführung neuer Standards und “strategischer Implementierungen” aufgewandt.
   Quelle 1: Spiegel Online
   Quelle 2: insm

   Anmerkung Orlando Pascheit: *Nachdem sich die seitens der Unternehmen prophezeite Prozessflut nicht eingestellt hat, das Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg nennt 25 Fälle, hat sich die INSM verpflichtet gefühlt, wenigstens die betrieblichen Kosten dieses Gesetzes ausrechnen zu lassen. Nun ja, sind das gute Kosten oder schlechte Kosten? Oder sind Kosten generell schlecht? Dies soll wohl suggeriert werden. Die INSM sollte dann weitermachen, da bliebe ein weites Feld: die*

Kosten von Umweltschutzauflagen, die Kosten des Kündigungsschutzes, die Kosten von Sicherheitsstandards, ja die Kosten des Arbeitsrechts generell.
Für wie blöd hält die INSM die Bevölkerung, natürlich kostet der 'european way of life' etwas, wir können stattdessen auch von westlichen Werte sprechen, welche in den Sonntagsreden des Kapitals gerne hochgehalten werden.

6. **Im Würgegriff der Energiekonzerne**
   20 Milliarden Euro in drei Jahren – das ist der Gewinn von RWE. Der Energiekonzern mit Sitz in Essen konnte seinen Börsenkurs von 2003 bis heute verdreifachen. Der Markt versagt, und die Politik schaut weg. Gegen die Tricks von E.ON, RWE & Co. scheinen Verbraucher machtlos zu sein. Die Frontal21-Dokumentation mit Theo Koll berichtet über die Hintergründe dramatischer Fehlentwicklungen.
   Quelle: ZDF Frontal 21

   Anmerkung: *Interessant sind vor allem auch die auf der Wegsite verlinkten Dokumente über die unverfrorenen Drohungen der Monopolisten gegen den für Energiepolitik zuständigen Wirtschaftsstaatssekretär.*

7. **Neue Ausgabe von ver.di NEWS**
   Quelle: ver.di
8. **Allensbach-Chefin Kröcher: Distanz zwischen Bürgern und Wirtschaft wächst**
   Heute bestreitet die überwältigende Mehrheit, dass Deutschland eine Soziale Marktwirtschaft hat; nur noch 24 Prozent der Bevölkerung sind davon überzeugt, während 62 Prozent den Eindruck haben, dass die soziale Ausrichtung aufgegeben wurde oder nie existierte.
   Gleichzeitig hat die Überzeugung abgenommen, dass wirtschaftlicher Erfolg auch dem Großteil der Leute zugute kommt. Nur noch 27 Prozent vertrauen darauf, dass die Bevölkerung profitiert, wenn es der Wirtschaft gut geht. Die überwältigende Mehrheit, 66 Prozent der gesamten Bevölkerung, vertritt mittlerweile die Auffassung, dass es den Unternehmen sehr gut gehen kann, ohne dass die Bevölkerung an diesem Erfolg teilhat.
   Im Verbund mit der Reform des Sozialstaats hat die tiefgreifende Umstrukturierung der Unternehmen nach und nach die Überzeugung verstärkt, dass Wirtschaft und Bevölkerung letztlich gegensätzliche und unvereinbare Interessen haben.
   Quelle: FAZ Net

   Anmerkung: *Die CDU-Beraterin Kröcher macht sich Sorgen, wie die die „einseitig" der Wirtschaft zugeordnete Union mit solchen Meinungsbildern unter den Wählern umgehen soll.*

9. **Michael Dauderstädt: Was wir Deutschland schulden**
   Die im Aufschwung steigenden Steuereinnahmen bieten eine günstige Gelegenheit, die Staatsverschuldung zu senken. Aber Schuldenabbau sollte die Option aktiver Konjunkturpolitik durch Budgetdefizite erhalten, nicht erschweren. Wachstum braucht immer Schulden. Sie belasten nicht die künftigen Generationen, die vom steigenden Wohlstand profitieren. Eine Umverteilung zwischen Gläubigern und Schuldnern steht in der Zukunft immer an, ob nun der geschmähte Staat oder der geschätzte Privatsektor der Schuldner ist.
   Quelle: WISO direkt [PDF – 180 KB]
10. **Pharma-Schleichwerbung in der ARD**
    Pharmakonzerne haben nach einem Bericht des Hamburger Magazin stern in der ARD-Ärzteserie In aller Freundschaft jahrelang Schleichwerbung für Medikamente platziert. Das geht aus einem bisher unveröffentlichten Protokoll der PR-Agentur hervor, die die Deals eingefädelt hat. Dabei ist in Deutschland Werbung für verschreibungspflichtige Medikamente beim Laienpublikum grundsätzlich verboten.
    Quelle 1: Stern

    Anmerkungen Martin Betzwieser: *Der Vorwurf ist berechtigt und es ist richtig, darüber zu berichten. Dabei sollte aber niemand vergessen, dass der „stern“ selbst gerne mit solchen Praktiken arbeitet.*
    Quelle 2: Stern

    Der Autor dieses Artikels betreibt eine PR-Agentur mit folgendem Dienstleistungsspektrum: „Die redaktionelle Betreuung der Kunden gehört seit der Gründung von mestmedia 1995 zu der Kernkomptenz des Unternehmens. Die Auftraggeber finden sich dabei im Printbereich, im Internet und im Hörfunk. mestmedia steht dabei für anspruchsvolle Ratgeber und topaktuelle News aus der Wirtschaft.“
    Quelle 3: Mest-Media
    Quelle 4: Mest-Media

    Bei betrieblicher Altersvorsorge kommt es auch nicht unbedingt darauf an, welches Vorsorgeprodukt bei welchem Versicherungsanbieter genommen wird; daran verdient die gesamte Branche.

11. **Unsere Elite-Unis unter ferner liefen**
    Sechs deutsche Hochschulen gehören zu den hundert besten Universitäten der Welt. Das geht aus der kürzlich veröffentlichten Rangliste Academic Ranking of World Universities der Jiao Tong University in Shanghai hervor. Die Spitzenplätze müssen die

deutschen Hochschulen allerdings anderen überlassen. Auf den ersten Rängen finden sich nur Elite-Universitäten aus den USA.
Die bestplatzierte deutsche Hochschule, die Ludwig-Maximilians-Universität in München, nimmt Platz 53 ein. Auf Platz 56 folgt als nächste deutsche Lehranstalt die Technische Universität München. Außerdem schaffen es noch die Universitäten Heidelberg (65), Göttingen (87), Freiburg (94) und Bonn (99) in die Top Hundert.
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung: *Zum Trost an unserer „Exzellenzen": Dieses Shanghai Ranking ist genauso beliebig wie andere Rankings. So werden etwa die Zahl der Nobelpreisträger als wichtiges Kriterium genommen, diese Preise beziehen sich aber auf eine kleine Forschungspalette, wenn sie überhaupt eine aktuelle Aussagekraft haben. Das Ranking ist danach ausgerichtet die Kluft zwischen den chinesischen Unis mit den westlichen, vor allem englischsprachlichen Unis aufzuzeigen. Wenn man diese Unis zum Gradmesser erhebt, ist das Ergebnis von vorneherein klar.*

12. **Raketenforscherin schießt 1.100 Studenten ab**
Die Universität Hamburg wird jetzt 1110 Studenten exmatrikulieren, weil sie ihre Gebühren nicht bezahlt haben. Sie werden damit nach den Semesterferien nicht mehr weiterstudieren dürfen, und können sich – wenn überhaupt – erst zum Sommersemester 2008 wieder einschreiben. Zuvor war die letzte „Gnadenfrist" endgültig abgelaufen. Damit zeigt sich, dass auch Hamburgs größte Hochschule ernst macht mit den Gebühren. Raketenforscherin Monika Auweter-Kurtz, Präsidentin der Uni: „Ich gehe davon aus, dass es sich bei denjenigen, die nicht bezahlt haben, um Studienabbrecher der ersten Semester oder Studierende höherer Semester handelt, die keinen Abschluss mehr anstreben."
Quelle: Die Welt Online

Anmerkung: *Es wäre höchst interessant rechtlich überprüfen zu lassen, ob die Exmatrikulation wegen eines Gebührenboykotts dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entspricht. An der zynischen Äußerung der Präsidentin lässt sich leicht ablesen, dass wir es bei ihr nicht mehr um eine Hochschul-„Lehrerin", sondern um angelernte Pseudo-Management-Allüren handelt, wonach der Rauswurf von Leuten als Führungsfähigkeit gilt.*